



Manfred Groh

Bürgermeister Stadt Karlsruhe a.D.
Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg

Wahlkreisbüro:
Karlsruher Str. 88
76139 Karlsruhe

Telefon: 0721 2551 995
Telefax: 0711 2551 997
E-Mail: mail@manfred-groh.de

Landtagsbüro:
Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart

Telefon: 0711 2063 985
Telefax: 0711 2063 14 985
E-Mail: manfred.groh@cdu.landtag-bw.de

Karlsruhe, 26.06.2012

Pressemitteilung

Manfred Groh (CDU): Länderübergreifende Arbeitsgruppe bildet festen Bestandteil zur Verzögerung bzw. Verhinderung der zweiten Rheinbrücke.

Die Antwort des Verkehrs- und Infrastrukturministeriums (MVI) auf einen parlamentarischen Antrag von Landtagsabgeordneten Manfred Groh wirft erhebliche Fragen bezüglich des Vorgehens der Landesregierung zur zweiten Rheinbrücke auf.

Während Frau Staatssekretärin Dr. Splett in der Öffentlichkeit immer wieder betont, dass man zunächst die Ergebnisse der länderübergreifenden Arbeitsgruppe abwarten müsse, bevor man eine Entscheidung zur zweiten Rheinbrücke treffen könne, zeigt nun die Antwort des MVI, dass eine Positionierung für oder gegen die zweite Rheinbrücke gar nicht Gegenstand des Arbeitsauftrages der Arbeitsgruppe sei. Vielmehr scheint sich diese vorrangig mit Lösungsvorschlägen zur Verbesserung der bestehenden Verkehrssituation zu beschäftigen. Diesen Eindruck zumindest vermittelt das von Frau Dr. Splett unterzeichnete Antwortschreiben.

„Das von Frau Dr. Splett unterzeichnete Antwortschreiben liefert einen eindeutigen Beleg für die Verzögerungstaktik und die Trickereien des MVI rund um das Verfahren zur zweiten Rheinbrücke“, so Manfred Groh in einer ersten Stellungnahme.

Das Ministerium versucht mit einer Vielzahl von Maßnahmen das dringend benötigte Bauvorhaben zu verhindern. Neben den nun bekannt gewordenen Absichten, die hinter der länderübergreifenden Arbeitsgruppe stecken, nämlich das deren Bedeutung nur vorgeschoben wurde, zählt auch die am Dienstag bekannt gegebene Priorisierungsliste von baureifen Bundesfernstraßen. Wenngleich die zweite Rheinbrücke auf baden-württembergischer Seite

noch nicht planfestgestellt ist, so ist doch davon auszugehen, dass der Bau sich um viele Jahre verzögern wird. Durch die Priorisierungsliste hat das MVI auch den Ergebnissen der länderübergreifenden Arbeitsgruppe vorweggegriffen. Durch die Aufteilung der Bauvorhaben in drei Gruppen, stellt sich die Frage, wie zukünftig planfestgestellte Projekte realisiert werden sollen bzw. wie deren Einteilung erfolgen soll.

„Während Frau Staatssekretärin Dr. Splett in der Öffentlichkeit immer wieder betont hat, dass man die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppe abwarten und zugleich „ergebnisoffen“ an die Diskussion herangehen müsse, hat das MVI nun unter Vortäuschung anderer Absichten, Fakten geschaffen“, so Groh weiter.

„Baden-Württemberg signalisiert seinem Nachbarn Rheinland-Pfalz, welches das Planfeststellungsverfahren bereits abgeschlossen hat, dass es ein Baubeginn bestenfalls in einigen Jahren zu erwarten sei – unabhängig von den Ergebnissen der Arbeitsgruppe. Insofern erhärtet sich der Verdacht der Verzögerung und Trickserei gegen die Staatssekretärin.“

Zu befürchten steht nämlich, dass künftig planfestgestellte Vorhaben keinem der drei gebildeten Gruppen zu geordnet werden können. Bereits jetzt sind die meisten Vorhaben in der Gruppe 3 enthalten, deren Fertigstellung frühestens nach 2016 (eher deutlich später) prognostiziert wird. Neben der offenkundigen Ablehnung gegenüber neuen Landesstraßen, verhindert das MVI nun auch den Bau von Bundesfernstraßen, für den die Länder verantwortlich sind. Diese „Straßenphobie“ hat System.

„Frau Dr. Splett hat die Menschen durch taktisches Geplänkel hinters Licht geführt. Die Bereitschaft zur ergebnisoffenen Diskussion war wohl nur vorgetäuscht. Mit den nun ans Tageslicht gekommenen Fakten hätte sich die Landesregierung ihren Faktencheck auch sparen können.“

Des Weiteren stellt sich für den Karlsruher Abgeordneten die Frage, warum die Fortführung der Trasse von der Elfmorgenbruchstraße bis zur Haid-und-Neustraße, für die seit vielen Jahren Baurecht besteht, noch nicht einmal Erwähnung in der Priorisierungsliste der Landesregierung findet. Das ist kein Umgang mit den verkehrsgeplagten Hagsfelder Bürgerinnen und Bürgern, die auch zum Wahlkreis von Frau Dr. Splett zählen, so die Meinung von Manfred Groh.

Aber auch den Pendlern auf der Rheinbrücke droht eine neue Geduldsprobe. Nach Angaben von Frau Dr. Splett wird diese bei den anstehenden Ertüchtigungsmaßnahmen der Fahrbahnplatte für einen Zeitraum von ca. 9 Monaten erneut halbseitig sowie voraussichtlich an 12 bis 16 Tagen vollständig gesperrt werden müssen. Da nützt es auch nichts wenn Frau Splett bei der Brückensanierung aufs Tempo drückt.